

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-73276](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-73276)

Der Anmerkender

(Gesamtpreis Nr. 5.)

erschint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis des Abbestellers: Nach die Post bei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanweisungen und Bankdrückungen nehmen Bestellungen entgegen. (Einschlagsgebühr für die Abbesteller: Nach die Post bei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanweisungen und Bankdrückungen nehmen Bestellungen entgegen.)
Anzeigen-Gebühren: bis 6 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher eingegeben.
Die Anzeigen werden in der Regel ohne Rücksicht auf die Zeit der Einnahme der Anzeigen abgenommen. — Jedes Anrecht auf Abdruck geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Maßnahmen eingezogen werden müssen. — Anzeigen-Gebühren der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 177

Westerstede, Freitag den 1. August 1919

59. Jahrgang

Der Enthüllungen zweiter Zeit.

Erzberger's Vorlesungen haben den Ministerpräsidenten nicht schaden lassen. Auch Herr Bauer ist unter die Entfallenen gegangen. Diesmal galt es einen Schlag gegen Hindenburg und Ludendorff — man sieht: niemand wird mehr verschont im neuen Deutschland. Und das ist gut so, wenn man immer und überall mit dem Willen zur Wahrheit sich das nötige Quantum Vorurteilslosigkeit und Gerechtigkeitliebe verbände, das wir brauchen, wenn nicht hundert Parteileidenhaft, gebildete Nicht-Johann um jeden Preis die Oberhand gewinnen soll. Kommt es erst soweit mit uns, dann können wir jede Hoffnung auf bessere Zustände für immer fahren lassen.

Was ist nun durch den Vortragsabend der Vortragsabend der Nationalversammlung zur Verlesung der Verträge erwiesen worden? Nicht mehr und nicht weniger, als daß die Oberste Seereschiffahrt auch nach dem Kronrat vom 11. September gewisse Sicherheiten militärischer Natur gegenüber Belgien für erforderlich hielt, um dessen von der Reichsleitung gewünscht wirtschaftlichen Aufbruch auf deutschem Gebiet zu gewährleisten. Wir brauchen jetzt nur noch dem Rhein hinüberzusehen, um zu erkennen, mit welchen der Zeit und dem Maße nach ungeheurer weit gegengenen Garantien Frankreich sich umgibt, nachdem es ihm gelungen ist, uns aus dem Sattel zu heben. Im Sommer 1917 aber waren wir die Überlegenen, und wenn wir auch Grund hatten, den Frieden zu suchen, so war doch damals der ganze Reichstag sich einig in der Ansicht, daß wir uns auf ihn auch im schlimmsten Falle nur einlassen könnten, wenn unsere Grenzen unverletzt, unser Kolonialbesitz unangefastet blieben und wenn allerorts von Kontributionen Abstand genommen würde. Daß der Standpunkt Hindenburgs und Ludendorffs gegen diese deutschen Grundforderungen verstoß, soll erst noch bezeugen werden; und selbst soweit das etwa der Fall gewesen ist, handelt es sich bei ihren Forderungen nur um ein militärisches Gutachten, nicht um eine politische Willensäußerung, um eine pflichtgemäße Wahrnehmung der ihnen anvertrauten militärischen Interessen des Vaterlandes, während es der allein verantwortlichen politischen Reichsleitung unbenommen blieb, mit diesen Gutachten so zu verfahren, wie es Pflicht und Gewissen ihr mit Rücksicht auf die Gesamtlage des Reiches vordrängte. Bismarck hat sich oft genug mit kriegsdenkenden Generalen in grimmige Kämpfe verwickelt, weil er nicht immer so wollte, wie sie es sich in den Kopf gesetzt hatten; Hindenburg und Ludendorff haben niemals den Anspruch erhoben, daß ihre Willen das oberste Gesetz sein müßte; aber wenn sie um ihre Meinung gekämpft hätten, wären sie natürlich gezwungen, Überzeugungsversuche zu machen, und der Reichstagler war es, der dann die verantwortliche Entscheidung zu treffen hatte. Diesen Sachverhalt sollte niemand verdrängen, dem es ernstlich um die Ermittlung der Wahrheit zu tun ist; auch nicht, wenn er dafür auf mobilisierte Angriffe auf innerpolitische Gegner verzichten muß.

Der 1. Juli aber, auf den es bei diesen Enthüllungen hauptsächlich ankommt, ist die Frage, ob wir, wenn die damalige Reichsleitung eine vorbehaltlose Erklärung über Belgien abgegeben hätte, damit wirklich der Wendigkeit des Krieges näher gekommen wären. Die heutigen Regierungsparteien stellen sich so, als bestände daran nicht der geringste Zweifel. In Wahrheit hat die Entente niemals daran gedacht, uns so billigen Kanies davonkommen zu lassen. Ihre Kriegsziele hatte sie schon im Januar 1917 gegenüber dem Präsidenten Wilson ganz unmissverständlich enthüllt, und der Friedensvertrag von Versailles, den sie trotz der 14 Punkte ihres amerikanischen Bundesgenossen durchzusetzen versah, sollte selbst den gutgläubigsten Nachbeter ihrer Versöhnungsflügen ein für allemal darüber belehren, auf was sie es mit uns in Wirklichkeit abgesehen hatte, von demherin abgesehen hatte. Zum Überflus hat seitdem noch Herr Ribot, der französische Außenminister vom Sommer 1917, ausdrücklich zugegeben, daß das uns von Frieden keine Rede sein konnte, weil Deutschland nicht bereit war, auf Elb-Lothringen zu verzichten. Gehörten zu diesem Deutschland nicht auch die Regierungsparteien von damals und von heute? Und warum also diese furchtbare Auslastung immer neuen Schicksals, immer neuer Selbstanklagen, wenn sie doch angeblich, in diesem durchaus entscheidenden Punkte mit denjenigen völlig eines Sinnes gewesen zu sein, die sie heute durchaus auf die Verunsicherung des Staatsgeschicks bringen möchten?

Wiele Enthüllungen bringen uns nicht weiter, sofern es uns wirklich um Klarheit und Wahrheit zu tun ist. Nur wenn die Parteileidenhaft über alles geht, kann hier mit diesen Kampfmitteln etwas Einvernehmen eintreten.

Dr. S.

Vertrauensvotum für die Regierung.

Mit großer Mehrheit angenommen.

(60. Sitzung.)

Dr. Wetmar, 20. Juli.

Es war bei Beginn der Sitzung schon als sicher anzunehmen, daß die Mehrheit sich hinter die Regierung stellen würde. Zu Anfang der heutigen Verhandlungen steht ein Reihe kleiner Anfragen auf der Tagesordnung. Es handelt sich dabei um Maßnahmen im belarischen Gebiet, über Sorat

für die ausgewiesenen Elb-Lothringer, über die Vorfälle mit französischen Soldaten in Berlin. Die Regierung stellt verschiedene gewöhnliche Schritte in Aussicht und gibt bekannt, daß die Erhebungen über die Berliner Vorfälle noch schweben.

Die große politische Aussprache.

Wird dann fortgesetzt. Abg. Dente (L. Sos.) behauptet, die Rechte wolle mit ihrem Vortrags gegen Erzberger gleichsam frühzeitig die Abfertigung treffen. Hieron würden die Unabhängigen den größten Vorteil haben. Namens seiner Partei erklärte der Redner, daß seine Fraktion Erzberger mit jeder Mäßigkeit gegenüberstehe. Er billigt aber dem Minister mildere Umstände zu, weil er sich zu seinen Irrtümern bekennt habe.

Abg. Nieker (Deutsche Vp.) ist der Meinung, daß das deutsche Volk die Wahrheit wissen müsse, ob wir an der Verantwortung des Krieges Schuld tragen. Er befragte dann den von der deutschen Reichsleitung einberufenen Ratung nach dem der Staatsgerichtshof einberufen werden soll, den nicht parlamentarischen, sondern unparteilichen Richter und Juristen angehören sollen. Hieran trat er sehr stark den getriggen Ausführungen des Reichsministers David entgegen. Die Rechte Erzbergers allein dürfte keinesfalls veröffentlicht werden. Wollte man zur Veröffentlichung schreiten, so müßte das ganze Material dem Volke übergeben werden. Nieker verteilte Protokolle, nach denen Erzberger sich noch am 28. September 1917 billigt über die Deutung des Kabinetts Michaels ausgesprochen und dessen Willkür in der Friedensfrage als vollkommen klar und übereinstimmend mit der Reichsleitung und ihrer Friedensrevolution bezeichnet habe. Im Juli 1917 habe Erzberger ein Kriegsgesetzprogramm entworfen, in dem die

Erwerbung des Erzgebirges von Lomow und Brich verlangt wurde. Nieker schloß mit der Erklärung, daß die Deutsche Reichsleitung den Vertrauensvorschlag ablehnen und den Vertrauensvorschlag der Vertrauensvorschlag annehmen werde. Der preussische Kriegsminister Reichard verteidigte den früheren Generalgouverneur von Polen, General von Belder, den der Vortrags wegen seiner Flucht aus Warschau im November 1918 angegriffen habe.

Reichsfinanzminister Erzberger versichert, daß durch die Bekanntgabe der Denkschrift des Grafen Gernin an die Vertrauensvorschlag der Vertrauensvorschlag annehmen werde. Dieser Denkschrift nicht Kenntnis erhalten habe. In der Öffentlichkeit sei die Denkschrift von der Reichsleitung veröffentlicht worden. Der Redner gibt an, daß er am 28. September 1917 im Samstagsnachmittag des Reichstages für die Politik der Regierung Michaels eingetreten ist. Er habe keine Rede gehalten, nachdem der Reichsminister erklärt habe, daß er sich nicht beunruhigen lassen, wenn in der Antwort auf die Protokolle kein Rufus über Belgien enthalten sei, weil den Ministern auf anderem Wege eine befriedigende Erklärung über Belgien übermittelt werden würde. Das die

neuen Enthüllungen Niekers über sein Eintreten für Lomow-Brieg im Juni 1917 anlangte, so erklärte Erzger, daß es möglich sei, daß er damals mit einem Vertreter der Obersten Seereschiffahrt verhandelt habe. Wahrscheinlich habe der Vertreter der Obersten Seereschiffahrt die Ansetzung von Lomow und Brich verlangt, während er für wirtschaftliche Verhandlungen eingetreten sei. (Abg. Nieker rief: Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die Oberste Seereschiffahrt mit Frankreich in Verbindung habe treten wollen, um gegen Lieferung von Koks die Lieferung von Minette aus Lomow und Brich für die deutsche Industrie zu ermöglichen. (Schr. Sch.) Insbesondere habe der Staatsminister Lomow häufig verhandelt, wegen dieser Frage mit Frankreich in Verbindung zu kommen.

Das Haus nahm dann bei der Abstimmung das Vertrauensvotum für die Regierung mit großer Mehrheit an. Die namentliche Abstimmung über das von den Vertrauensvorschlag eingebrachte Vertrauensvotum ergab dessen Ablehnung mit 243 gegen 53 Stimmen.

Wie gemeldet, hatte der Altkreisvorsitz der Nationalversammlung beschlossen, den Tagungen des Reichstages eine Resolution vom 1. bis 5. August einzufügen zu lassen. Dazu lautet von auf der Seite, daß es folge der nach dauernden Debatte über die Regierungserklärungen die Verantwortung der Vertrauensvorschlag hinstellen werden wird, so daß die Hause ausstellen muß. Somit infolge der Beratungen der Vertrauensvorschlag eine Unterbrechung der Tagungen nötig sein, so wird sie in der Tat eintreten.

Was England wirklich schrieb.

Dr. Wetmar, 20. Juli.

Wäre die Erregung, die angesichts der der deutschen Nationalversammlung als Vertrauensvorschlag dienenden Enthüllungen durchdringt, einer Steigerung noch möglich, so hätte sie der weitere Verlauf der gestrigen Sitzung gebracht.

Nach den Ausführungen Dr. Davids über den Staatsgerichtshof und der Rede des Demokraten Gernin ging der Reichsminister des Inneren Müller auf alle Ansetzungen und Fragen ein. Er erklärte, daß er nicht die Souveränität erklären würde, daß er mit ihrer Genehmigung nicht wieder nach Deutschland zurückkehren werde. Der Minister geht dann zur Schuldfrage über und teilt zunächst mit, daß das Schreiben des bürgerlichen Ministern nicht schon am 30. August, sondern erst am 6. September 1917 in Berlin eingetroffen sei. Der damalige Reichsminister Michaels habe es am 24. September beantwortet. Als Antwort auf den Schreiben des Reichsministers über die Erklärung der englischen Regierung bezieht, die das Friedensangebot enthalten haben soll. Das von Müller verlesene Schreiben trägt kein Datum und lautet in der Übersetzung:

Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbindungen über die Rote seiner Selbstheit zu betragen, und sind nicht in der Lage, uns über eine Verantwortung der Vorführung seiner Selbstheit betreffend Verbindungen eines dauernden Friedens zu äußern. Unserer Ansicht nach

besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziele näherzukommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geeinigt haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind, durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Greuel, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte. Selbst hinsichtlich Belgiens (und in diesem Punkte haben die Zentralmächte anerkannt, im Unrecht zu sein), ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekannt geworden, die völlige Unabhängigkeit wiederherzustellen und die Schäden wieder gutzumachen, die sie es hatten erdulden lassen. Unser Einverständnis zweifellos die Erklärungen gegenüberlich sein, die von den Ministern in Verantwortung der Rote des Präsidenten Wilson abgegeben worden sind. Weber von Österreich, noch von Deutschland ist niemals eine solche Erklärung erfolgt. Ein Versuch, die Kriegführenden in Übereinstimmung zu bringen, erscheint so lange vergeblich, als wir nicht über die Punkte im Klaren sind, in denen ihre Ansichten auseinandergehen.

Reichsminister Michaels habe den Parteiführer, sagt Müller, die Rote Selbstheit nicht mitgeteilt, obwohl ihnen die Absicht einer präzisen Erklärung über Belgien versprochen worden war. Am Schluß seiner Rede, die bei den Reichsmitgliedern lebhaften Zustimmung fand, bricht der Minister über die schwierige Lage der Einwohner in den belagerten Gebieten und erwähnt dann den Fall Mannheim, indem er erklärt, daß die Regierung die von Hoch für die in Berlin erfolgte Lösung des französischen Ereignisses geforderte Ruhe von einer Million Franken in Gold nicht als berechtigt anerkennen würde.

Dem deutschen Nationalen Abgeordneten Schulz-Bromberg, der starke Angriffe gegen Erzberger und die letzte Regierung und die belagerte Waffenverteilung auf dem Lande als notwendig gegen überhandnehmende Hungers- und Minderungsgefahr erklärt, folgt Ministerpräsident Bauer mit neuen Enthüllungen. Er sagt unter anderem: „An dem Erdboden, das die ganze Zeit existierende, die in reibende deutsche Kaiser nicht so ganz unabhängig, eine Kämpfer der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschloffen.“ (Stille Pause.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des früheren Reichsministers Michaels, daß der General Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine am 2. Dezember 1917, so vom Tage nach dem Kronrat, ist vom Reichsminister Michaels an den General Ludendorff, am 1. Dezember 1917, enthält die Antwort Hindenburgs, der eine Denkschrift Ludendorffs bezeugen. In dem Schreiben des früheren Reichsministers Dr. Michaels wird die im Kronrat vertretene Meinung der Obersten Seereschiffahrt über Belgien dahin zusammengefaßt, daß Hindenburg und Ludendorff Willkür und ein gewisses Selbstergehen über die Belagerung, sowie den einen wirtschaftlichen Aufbruch Belgiens auf Deutschland verlangt haben. Der Reichsminister erklärte dies für ein „maßvolles Kriegsgesetz“ und wollte gleichzeitig wissen, ob man Willkür nur als Sicherungsfaktor und bestimmte Zeit haben wolle. Aus der Antwort Hindenburgs geht hervor, daß die Oberste Seereschiffahrt Willkür in unerschütterlicher Weise nehmen und sich nicht an eine Belagerung des Reiches angeschlossen. Eine Entscheidung, die nicht stattfinden, weil die Stimmung des Reiches einen solchen Bedauern nicht vertrüge. Die belagerte Denkschrift Ludendorffs ließ erkennen, daß Ludendorff die Waasslinie tief in der Hand behalten wolle und das nur durch Einverleibung für möglich hielt. Wirtschaftlich wollte Ludendorff Belgien als so eng angeschlossen, daß es auch politisch bei uns hinhängen würde. Die Neutralität Belgiens sei im Bannort.

Die Verlesung dieser Denkschrift und die vom Ministerpräsidenten an die rechte Seite des Hauses gerichteten Worte: „Das deutsche Volk wird Sie zur Rechenschaft ziehen!“ rufen einen tosenden Sturm hervor. Uns erhoben diese vier: „Politische Schurken! Vaterlandsverräter!“ und der Ministerpräsident kann sich für seine Redeworte kaum Gebär verschaffen. Er schloß mit den Worten: „Der Staatsgerichtshof wird über Schuld und Unschuld am deutschen Volke entscheiden.“ (Stürmischer Beifall links, Stille rechts.)

Reichsfinanzminister Erzberger, der dann am Worte kommt, meint: Die Protokolle widerlegen die Seren Selbstheit, Michaels und Ludendorff aus Schamlosigkeit. Beim Aufbruch des Reichsministers Dr. Michaels wurde der Steierberger aus dem Reichstages ausgetrieben, der die Antwort an den Reichstag auftrug. Diesen Aufbruch hat man gesehen, in der Antwort auf die Protokolle nicht auf einer präzisen Erklärung hinsichtlich Belgiens zu bestehen, da diese Erklärung auf anderem Wege erfolgen sollte. Dr. Michaels hat gegen Treu und Glauben gehandelt, indem er den Mitgliedern des Reichstages den Brief Michaels unterstellte, und den alten wie neuen Willen der Rote, indem er den Reichstag auf andere Weise über Willkür, die Angelegenheit weiter verfolgte. Die Friedensmöglichkeit ist bereits worden durch die Schuld Deutschlands. So kann Dinen (nach rechts) nur raten: führen Sie diesen Kampf nicht weiter. Unter Material ist ungeheurer groß und Sie werden uns gewinnen, auf jede Einsetzung D. reitet mit noch größerer Schärfe vorzugeben. Die Regierung wird das ganze Material veröffentlicht. In nächster Folge schon eine Denkschrift betreffend den Waffenstillstand. Sie auf der Rechten sind allein schuldig am Unglück des Vaterlandes.

Damit schloß er unter ungeheurer Bewegung und bis zur persönlichen Verschwendung geleiteter Selbstheit der gegen seinen Vortrags dieser Tag. Was werden die nächsten bringen?

Dr. Wetmar. Die „Tribüne“ schreibt, es sei so gut wie gar kein Widerspruch gegen die Friedensbedingungen mit Deutschland vorhanden. Die Gegenpartei gelte dem Schandungsvertrag. Was auch mit dem Verbandsverträge geschehen würde, der Friedensvertrag mit Deutschland werde dadurch kaum in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die „wirtschaftliche Angliederung“ Belgiens. Wieder eine Enthüllung.

Berlin, 20. Juli.
Über die wirtschaftliche Angliederung Belgiens an Deutschland, wie sie von der deutschen Reichsregierung im Jahre 1912 als Friedensziel gefordert wurde, werden dem „Hr.-Abendblatt“ von unterrichteter Seite nachstehende Angaben gemacht:

Danach stielte die Reichsregierung u. a. folgende Bedingungen: Eingliederung Belgiens in das deutsche Zollsystem, gleiche Zollgebühren, Handelsverträge auch für Belgien, Vereinfachung der Besteuerung der belgischen Interessen in Zoll- und Handelsangelegenheiten dritten Staaten gegenüber durch Deutschland, Austritt Belgiens aus der lateinischen Münzkonvention und Einführung der Markwährung, Übergang der belgischen Eisenbahnen auf die deutsche Verwaltung, Verzicht Belgiens auf jede Entschädigung, Übernahme aller belgischen Eisenbahnen durch eine deutsche Aktiengesellschaft und endlich Einführung der deutschen Arbeiterverfassungsgesetzgebung in Belgien. — Das Blatt behauptet, diese Forderungen seien im Einverständnis mit Dr. Helfferich ausgedrückt worden, aber auch Herr von Papen habe genau darüber Bescheid gewußt.

Der Ruf nach dem Staatsgerichtshof!

Helfferich beantragt ein Verbot gegen sich selbst.
Der ehemalige Staatssekretär Dr. Helfferich führt in seiner Auseinandersetzung mit dem Reichsfinanzminister Erzberger fort und macht ihm den Vorwurf, im Verein mit dem kaiserlichen Kaiser Karl kassaburgische Politik betrieben zu haben. Die Folge davon sei — nach Helfferich — gewesen: die Verdrängung der wohl einzigen und jedenfalls letzten ernsthaften Friedensmöglichkeit, der mögliche Ausgang des Krieges, der Erzberger verweigert. Dr. Helfferich sagt dann:

„Um die Wahrheit ans Licht zu bringen, habe ich meinen Kampf gegen den Reichsminister Erzberger mit einer Schärfe geführt, die mir sonst unbekannt, lediglich aus dem Zweck, ein gerichtliches Verfahren gegen mich zu erzwingen und in diesem Verfahren durch solche Befundung den Tatsachen in unanfechtbarer Weise festzustellen. Herr Erzberger ist dem gerichtlichen Verfahren ausweichend. Er versucht es, zu weichen, ohne zu lassen. Jetzt ist die Sache weiter gekommen. Die Aussagen des Grafen Czernin und des Grafen Wedel ergeben den Zustand des Bundesvertrats. Oberstaatsanwalt und Reichsgericht haben Unfalsch, sich einst mit dem Fall Erzberger zu befassen. Jedenfalls, aber muß der Staatsgerichtshof, dessen Errichtung die schwarz-rote Mehrheit mit so viel Eifer betreibt, sich alsbald mit diesem Fall befassen. Ich werde das Bestreben tun, um dies zu erreichen, indem ich wegen der in der Öffentlichkeit gegen mich erhobenen Anschuldigungen ein Verbot beantrage.“

„Zum Schluss meines Artikels nennt Helfferich seinen Gegner den „Mann mit der eburnen Stirn“ und fragt, wie lange sein Wirken noch geduldet werde.

Die ungarische Räteregierung baut ab! Entscheidende Niederlage der Roten Armee.

Wien, 23. Juli.
Infolge der Niederlage der ungarischen Roten Armee ist die Stellung der Räteregierung sehr erschüttert. Der Reichsminister für Volkswohlfahrt, Herr Graf Czernin, hat den belgischen Entente-Regierungen und hat am Vorabend letzten zwecks Eintritt der Räteregierung. Die Dinge wurden nach Paris weitergeleitet.

Die Rote Armee unter dem Kommando des früheren Abgeordneten Kanner hat eine vollständige Schlacht erlitten. Der Gegenangriff der Rumänen war seit dem Angriff in den ersten Monaten die erste energiegelasse Offensive gegen das Rote Ungarn. Die ganze Rote Armee ging fluchtartig auf das andere Ufer der Theiß zurück. Nur eine Division konnte den Brückenkopf Sopron halten. Viele rote Bataillone haben sich in wilder Flucht aufgelöst und marschieren in der Richtung auf Budapest. Es gibt auch viele Überläufer, die sich der kaiserlichen Nationalarmee zur Verfügung stellen. Die rumänische Heeresleitung ist der Ansicht, daß die militärische Aktion gegen Ungarn in 10 bis 15 Tagen zu Ende geführt sein dürfte. Der Einbruch der Niederlage war in Budapest ein niederschmetternder. Die Frauen schrien nach ihren Männern, da sich das Gerücht verbreitet hatte, daß große Teile der Roten Armee den Tod in der Theiß gefunden haben sollten.

Polnische Rundschau.

Deutsches Reich.

Prinz Max und General v. Stein. Der ehemalige Generalquartiermeister v. Stein erklärt jetzt über die Ursachen seiner Entlassung: „Ich lese Wert darauf, festzustellen, daß ich nicht freiwillig gegangen bin, da geglaubt werden könnte, ich hätte in schwerer Lage des Vaterlandes meinen Posten verlassen. Der Vorgang war eigenartig genau. Ich lernte den Prinzen Max erst in Berlin kennen. Er war sehr freundlich zu mir und erinnerte sich, daß ich an der Spitze eines bayerischen Generalkommandos gestanden hatte. Wenige Tage später war ich zu einer Sitzung geladen. Der Prinz begrüßte die Versammlung und verabschiedete sich wieder, da er wegen eines wichtigen Chronovortrages zum Kaiser fahren mußte. Bei seinem Fortgange wechselten wir noch einige Worte, wobei er mir sehr freundlich war. Bei dem Chronovortrag hat er dem Kaiser meine Entlassung zur Bedingung gemacht. Hatte er mir ein Wort von seiner Absicht gesagt, so würde ich dem Kaiser die Zwangsfrage eripiert und sofort meine Entlassung erbeten haben. Das Verbot hat mir nicht gefallen, aber für die Entlassung bin ich dankbar geworden.“

Ein neues Schulkompromiß. In den neuen Verhandlungen über das Schulkompromiß in der Reichsverfassung hat man jetzt im Einvernehmen mit den einzelstaatlichen Kultusministern eine neue Verhandlungsgrundlage gefunden, der auch dann, wie man hofft, die Demokraten zustimmen könnten. Danach soll grundsätzlich überall die Simultanschule gelten. Nur, wo der Wille der Mehrheit der Erziehungsberechtigten eine besonders konfessionelle Schule wünscht, soll diesem Verlangen auf dem Wege der Landesgesetzgebung Rechnung getragen werden können.

Amnestie in der Rheinpfalz. General Dangau,

Kommandeur der marokkanischen Division in der Rheinpfalz, hat angeordnet, daß sämtliche Strafen, die wegen Übertretungen von Wasserrechtsgesetzen und Lebensmittelschmuggel ausgesprochen wurden, zur Erinnerung an das französische Nationalfest am 14. Juli erlassen werden. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß die Verhaftungstruppen auch in Zukunft auf Grund des Friedensvertrages noch sehr weitgehende Rechte im besetzten Gebiete haben, die von der Bevölkerung strengstens zu respektieren seien.

Guard Vernein über die Spaltung in der Sozialdemokratie. Guard Vernein, der zur Teilnahme an der Internationalen Sozialistenkonferenz in der Schweiz eingetroffen ist, erklärte schweizerischen Journalisten gegenüber, daß die wilde Streits, von denen Deutschland seit längerer Zeit heimgesucht werde, ein bedenklicher Faktor seien, und daß die Kräfte schließlich auf die Lage der Arbeiter selbst zurückwirken müßten. Es wäre der Sozialdemokratie wohlwollend möglich, hier mächtig einzuwirken, wenn sie der großen Masse der Arbeiter als geschlossene Einheit gegenüberträte. Durch die Spaltung sei die Wahrscheinlichkeit aber sehr herabgesetzt. Durch die gegenteilige Befämpfung und Verdrängung neutralisierten die streitenden Parteien ihren Einfluss auf die Masse. Er betraute die Spaltung als ein wirkliches Unheil, und seine gegenwärtige Hauptaufgabe sei die Propaganda für die Wiedervereinigung der Sozialdemokratie.

Deutsch-Osterreich.

Reichsminister am Siegeszug. Staatskanzler Dr. Renner betont nochmals seinen abnehmenden Standpunkt gegenüber dem unmöglichen Friedensvertrag, der den sicheren Untergang Österreichs bedeute. Mit besonderer Betonung sagt Renner: „Wir müssen vor der ganzen Welt betonen und beweisen, daß die Würde, die man unseren Schülern zu tragen zusetzt, uns erdrückt, daß mit diesem Versteck unsere Sieger sich selbst schädigen. Sie entfallen sich nicht, sie belassen nur ihren Siegeszug mit unserer Leinwand.“

Belgien.

Die belgischen Arbeiter genehmigen den Gewaltfrieden. Die Leitung der belgischen Arbeiterpartei hat beschlossen, daß die sozialistischen Senatoren und Abgeordneten für den Friedensvertrag stimmen, aber zu gleicher Zeit eine gemeinschaftliche Erklärung abgeben werden, in der bezüglich gewisser Punkte, mit denen sie sich nicht einverstanden erklären können, Vorbehalte gemacht werden. Die Leitung der Partei hat den Friedensvertrag mit allen gegen drei bei drei Stimmhaltungen gebilligt.

Russ- und Ausland.

Berlin. Der Berliner Telegraphenarbeiterstreik ist beendet. Die Arbeiterleitung der 287 beteiligten Arbeiter, die den Streik zum Stillstand brachten, wurde vom Minister verurteilt.

Königsberg i. Pr. Der Reichs- und Staatskommissar Müntz in vertretungsweiser mit der Verwaltung der Geschäfte des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen beauftragt worden.

Wien. Es wird gemeldet, daß Generalfeldmarschall v. Radetzky noch immer in Wien interniert ist, so daß die Verhandlungen über sein baldiges Entlassen in Wien unklar sind.

Paris. Nach amtlichen französischen Angaben hatte Frankreich einschließlich farbiger Soldaten einen Gesamtverlust von 840.000 Kopien. Davon sind gefallen und vermisst 130.555.

Quano. Eine Meldung des „Secolo“ zufolge wurde der italienische Vorkämpfer in Washington, Wacchi Celler, wegen fortwährender Meinungen, die zwischen ihm und Wilson bestanden, abberufen.

Rom. Man erwartet in Italien als deutschen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim Kaiserlichen Hof in Wien, früheren Reichsminister v. Wittenberg.

Der Muntius demontiert Erzberger!

Berlin. Der avoakalische Erzberger-Pacelet läßt folgendes veröffentlicht: „In den Erklärungen des ehemaligen Reichsministers Wacchi ist es mir, daß schon beim Entwurf des Schreibens des Muntius sich herausgestellt hatte, daß Erzberger von dem Brief wußte. Der Muntius muß erklären, daß Erzberger von ihm über den Inhalt des Briefes keineswegs unterrichtet war.“

Tiefstand der deutschen Valuta.

Berlin. Der Kurs der deutschen Valuta, der in der Schweiz mit 33 notiert wurde, hat damit den tiefsten Stand seit dem Anfang des Krieges erreicht. Auch die französische Note hat mit 77 einen außerordentlich niedrigen Preis inne. Die französische Valuta steht unter dem Druck des Einflusses der Neuverträge, wo man die finanziellen Auswirkungen Frankreichs offenbar nicht sehr günstig beurteilt. Für die deutsche Mark dagegen ist die Ankündigung des Planes einer Abstimmung der Banknoten verhängnisvoll geworden. Es kommen große Summen deutscher Papiergeldes zum Verkauf, so daß durch diesen Befehl der Zweck, der durch die Abwertung verfolgt werden soll, zum Teil bereits vereitelt ist.

Die Zuckersteuer gefallen!

Meimar. Der Zuckeranwuchs der Nationalversammlung (indirekte Steuern) bezieht die Aufhebung der Konsumsteuer bei der Zuckerversteuer. Im Anschluß erklärten die Sozialdemokraten, daß sie die geforderte Erhöhung der Zuckersteuer auf keinen Fall bewilligen würden. Da die Demokraten von vornherein den Standpunkt eingenommen haben, nicht mehr indirekte Steuern zu bewilligen als die Sozialdemokratie, so ist damit, wenn die Sozialdemokraten bei ihrer Weigerung verbleiben, die Zuckersteuer gefallen.

Anrührung Österreichs als der Entente.

Wien. Der Reichsminister v. Renner ist eine wichtige Orientierung der österreichischen Politik und ihre Annäherung an die Entente zur Folge zu haben. Der Anbruch an Deutschland scheint nun aufgeben zu wollen, wegen der Plan einer wirtschaftlichen Donau-Konföderation wieder an Boden gewinnt.

Die letzten Ukrainer.

Krajan. Genie Kommando führt am Warschau, daß dort in Begleitung polnischer Stabschefs eine Delegation der Reste der ukrainischen Armee am 30. April eintraf, um die Bedingungen für die Übergabe und die Auslösung der Waffen zu vereinbaren.

Schwere Unruhen in Bulgarien.

Bukarest. Nach hier eingeangenen amtlichen Berichten

ind in Bulgarien schwere Unruhen ausgebrochen. In allen Städten fanden blutige Demonstrationen gegen die Auflösung einer Militärrepublik statt.

Sofia. Die französische Truppen durch Kom-Palanka anrückten, wurden sie von bulgarischen Soldaten beschossen. Es kam zu einem Feuergefecht, in welchem neun französische Offiziere und unzählige Soldaten schwer verwundet wurden. Die Schuldigen sind verhaftet und das ganze in Kom-Palanka befindliche Regiment entwaffnet worden. Auf Anordnung Frankreichs wird eine französische Division nach Bulgarien entsandt werden, um die bulgarische Armee zu entwaffnen.

Meuterei englische Truppen.

London. „Daily Chronicle“ meldet aus den Meutereien in Indien, daß die Meuterei an der Front von Amchaleh in britischen Truppen ausbrach, die zum Vordringen befehligt worden waren, während in Onga die vorher am Vordringen teilnehmenden Truppen, die an der Seite der Meutereien kämpften, sich gegen ihre Führer erhoben. Es scheint, daß um für 2000 Mann vom Vordringen abgelenkt wurden. Sie haben die Lager mit Nachschubmitteln beschossen; vier britische und drei russische Offiziere sind den Meutereien zum Opfer gefallen.

Verschiedene Meldungen.

Seag. Nach einer Meuterei-Meldung sollen die Allierten die erste finanzielle Unterstützung an Deutschland für den Jahresabschnitt 1918 bis 1920 auf 85 Milliarden festsetzen haben.

Metzger. Londoner Nachrichten belagen, daß die polnischen Unterthanen eingenommen haben.

London. Unterstaatssekretär Dornmorth hat im Unterhaus mitgeteilt, daß der Handel mit Deutschland unter den in der Erklärung vom 15. Juli festgestellten Bedingungen erlaubt ist.

London. In San Salvador, besonders in in der Provinz Verito ist die Revolution ausgebrochen.

Welt- und Volkswirtschaft.

Gründung des Schiffverkehrs Hamburg-Amerika. Die New Yorker Herr-Linie hat eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen Hamburg und nordamerikanischen Häfen eingerichtet. Wie die Hamburg-Amerika-Linie hierzu mittelst, ist sie bereit, Anfragen wegen Frachten und Befrachten zu beantworten. Damit ist die erste direkte Schiffsverbindung zwischen einem deutschen Hafen und Nordamerika und somit auch die Möglichkeit der direkten Güter- und Passagierverkehrs über den Atlantischen Ozean für Deutschland geschaffen.

Schau den deutschen Auswanderern. Zahlreiche Anfragen, die jetzt von auswanderungswilligen Deutschen an die Presse aller Vertriebsstellen gelangen, lassen eine dringende Warnung vor der Auswanderung durch profitorientierte Auswanderungsagenten (sogenannte Siedlungsgelehrten), die mit der verlockenden und verheißungsvollen Vorbehalte operieren, aus dem Boden der Schärfe hervor zu treten. Diese Agenten, die in der Fremde elementarste Kenntnisse deutscher Verhältnisse in der Fremde elementarsten folgen. Zum Schutze der Auswanderer werden wohl die Gewerkschaften auf den Plan treten und die Wiederaufnahme der Gegenstandsverträge, die von dem Kriege zwischen ihnen und den Gewerkschaften des Auslandes bestanden, anstreben. Notwendig ist aber vor allem, daß auch die deutsche Regierung sich um das Auswandererwesen kümmert und dem Schwindelagenten durch Verbot jeder ungeregelten gewerblichen Stellenvermittlung für das Ausland, Verbot jeder schamlosen Verleitung zur Auswanderung, Verbot schamloser Forderungen usw. gründlich das Handwerk legt. * Wiederaufnahme des Handels mit Italien. Ein italienisches Dekret verbietet die Wiederaufnahme des Handelsbeziehungen mit Deutschland, jedoch werden die Kontakte zur Verwaltung der belagerten Inseln feindliche Güter ihre Tätigkeit fortsetzen, bis von der Friede konferenz endgültige Beschlüsse gefaßt worden sind. Die einschneidenden Bestimmungen über Ausfuhr an feindliche Staatsangehörige bleiben mit einigen Ausnahmen in Kraft.

Fliegerkatastrophe. In unmittelbarer Nähe der See kurz in Sanktmanden ein Wasserflugzeug, das auf dem Rumpfflug begriffen war, aus geringer Höhe ab. Der Flugzeug überlag sich und wurde zertrümmert. Der Pilot war sofort tot. Von den Passagieren, einem Ehepaar, wurde der Mann getötet, die Frau schwer verletzt. — Der schweizerische Nationalrat hat beschlossen, als er im Flugzeug Moskau verließ. — Ein neues Flugzeug ist auf dem Flug von Marseille nach London durch einen Motordefekt bei Spezia ins Meer gestürzt. Ein Offizier und zwei Piloten konnten gerettet werden, während ein Leutnant mit dem Flugzeug unterging. — Die erste Frau, die allein einen Flug unternommen hat, die Baronin de la Roche, ist vor einigen Tagen in Frankreich tödlich abgestürzt. Während eines Versuches, den sie bei Verbot an der Sonne unternahm, fand sie ein jähes Ende.

Eine polnische Häuserbrand wurde auf dem Hauptbahnhof in Frankfurt a. M. verhaftet. Die Brande hand an zehn jungen Leuten, die seit einigen Wochen in Dingen zwischen Berlin, Köln, Hamburg, Frankfurt und in Straßenbahnwagen Verabredungen von Fahrgästen verübt hatten.

Die Putilowanlagen in die Luft geflogen. Infolge der Explosion von Minen ist der größte Teil der Putilowanlagen, der größten russischen Fabrik für Geschütze, Lokomotiven und dergleichen, die in Kriegszeiten an 100.000 Arbeiter beschäftigt hat, in die Luft geflogen.

Negerhege in Chicago. Sonntag fanden im Negerstadteil von Chicago eine Anzahl von Zusammenkünften statt. Unter den Dörfern befand sich ein Neger, der erkrankt, und ein anderer, der schwer verwundet wurde. Die Behörden sind jetzt Herren der Lage.

Schweizer Friedensmarie. Die schweizerische Volksgewalt gibt die Ausgabe von Friedensmarken von 10, 10 und 15 Centimes heraus. Die drei Marken gelangen am Tage der diesjährigen Landesfeier, also am 1. August, zum Verkauf. Der Verkauf dauert, solange der Vorrat reicht, längstens bis Ende des laufenden Jahres. Die Marken haben jedoch bis zum 30. April 1920 Gültigkeit. Vorläufig finden sie nur im Inlandsverkehr Verwendung. Späterhin soll eine ergänzende amtliche Mitteilung darüber erfolgen, nach welchen fremden Staaten ihre Verwendung zugelassen sein wird.

—* Wetterausichten für Freitag den 1. August: Zunächst noch wenig Abänderung der herrschenden Witterung wahrscheinlich.

1) Die Preise für Ferkel sind in letzter Zeit sehr gesunken. Käufer zahlen nur noch 3 bis 4 Mark für das Pfund.

—] Der Landwirt Lambert Grimm hat seine im Göttinger belegene, früher Theilender'sche Besitzung an den Maurer Wilhelm Deffen hier selbst mit Eintritt auf Mai n. Js. für 10500 Mark verkauft.

—(H) Die Beteiligung beim Schießen in unserm Westersteder Schützenfest war eine recht starke und wurde durchweg sehr gute Schießresultate erzielt. Mit Preisen wurden folgende Schützen bedacht:

Stand 3. Festischeibe (175 Meter freihändig). 1. Preis Aug. Hinrichs-Westerstede, 60 Mark und Ehrenpreis (Votat), 2. D. Meyer-Edewecht, 40 Mark, 3. D. Lüdendiers-Zwischenah, 30 Mark, 4. M. Brunten-Oldenburg, 25 Mark, 5. A. Haftkamp-Varel, 20 Mark, 6. A. Reistrup-Edewecht, 18 Mark, 7. Fr. Lüers-Edewecht, 16 Mark, 8. M. Gröning-Varel, 14 Mark, 9. E. Spielermann-Edewecht, 12 Mark, 10. Karl Ziese-Westerstede, 10 Mark.

Stand 4. Stand-Meisterscheibe (175 Meter freihändig). 1. Preis Gust. Niebieter-Westerstede 78 Mark, 2. A. Haftkamp-Varel, 58 Mark, 3. A. Reistrup-Edewecht, 50 Mark, 4. S. Sander-Westerstede, 44 Mark, 5. A. Brunten-Oldenburg, 38 Mark, 6. W. Büdemann-Edewecht, 34 Mark, 7. B. Sellmerichs-Oldenburg, 32 Mark, 8. Karl Ziese-Westerstede, 28 Mark, 9. D. Meyer-Edewecht, 26 Mark, 10. Ribben-Edewecht, 22 Mark, 11. Janßenharm-Edewecht, 18 Mark, 12. Aug. Hinrichs-Westerstede, 16 Mark, 13. S. Wilken-Edewecht, 12 Mark, 14. Karl Schmidt-Meistrand, 10 Mark, 15. Meyersrenten-Edewecht, 8 Mark, 16. H. Gröning-Varel, 6 Mark.

Stand 5 und 6. Prämien-Konkurrenz-scheibe (175 Meter aufgelegt). 1. Preis S. Wilken-Edewecht, 100 Mark, 2. B. Meyer-Westerstede, 71 Mark, 3. W. Büdemann-Edewecht, 71 Mark, 4. Haftkamp-Varel, 54 Mark, 5. Reistrup-Edewecht, 54 Mark, 6. Aug. Hinrichs-Westerstede, 43 Mark, 7. A. Stolle-Meistrand, 43 Mark, 8. H. Gröning-Varel, 36 Mark, 9. Karl Ziese-Westerstede, 32 Mark, 10. Maris-Edewecht, 25 Mark, 11. Wangel-Meistrand, 25 Mark, 12. D. Lüdendiers-Zwischenah, 22 Mark, 13. G. Bruns-Meistrand, 20 Mark, 14. E. Schmidt-Meistrand, 18 Mark, 15. Franz Reuten-Al-Oldenburg, 16 Mark, 16. S. Köhler-Schweinebrück, 14 Mark, 17. Fr. Geijerjansen-Westerstede, 12 Mark, 18. G. Niebieter-Westerstede, 11 Mark, 19. S. Lüdendiers-Neuenfrühe, 11 Mark, 20. Meyersrenten-Westerstede, 8 Mark, 21. B. Wittrich-Westerstede, 8 Mark, 22. A. Brunten-Oldenburg, 6 Mark, 23. Georg Meyer-Westerstede, 6 Mark.

Stand 1 und 2. Prämien-Konkurrenz-scheibe (100 Meter aufgelegt). Nur für Westersteder Schützen ohne Schießgarbe. 1. Preis S. Wilken-Edewecht 28 Mark und Ehrenpreis (Votat), 2. Joh. Hobbie-jansen-Westerstede 22 Mark, 3. Georg Voigt-Hallstrup 19 Mark, 4. Gerh. Ziese-Westerstede 16 Mark, 5. Joh. Buhr-Hallstrup 14 Mark, 6. Gustav Ahmels-Westerstede 12 Mark, 7. Gustav Koch-Westerstede 10 Mark, 8. Joh. Feigen jun.-Westerstede 9 Mark, 9. Günther Schmieder-Rostrup 8 Mark, 10. Karl Buhr-Westerstede 6 Mark, 11. Bernh. Lange-Westerstede 5 Mark.

Die Medaille für beste Gesamtleistung erwarb sich A. Haftkamp-Varel.

—(H) Housen. Das von der Weide des Kolonisten A. Altmann hier verschundene Pferd hat sich wieder gefunden und zwar auf einer Weide in Meinersen. Wie das Pferd dorthin gekommen ist, weiß man nicht.

—d) Bad Zwischenahn. Die Landwirte des Ammerlandes werden am Sonntag morgen Gelegenheit haben, den neu erbauten Silo des Gutsbesizers Botke in Eyhausen besichtigen zu können. Direktor Housen wird die notwendigen Erklärungen geben. Herr Botke wird die Freundlichkeit haben, das Füllen des Silos praktisch vorzuführen. Am Mittwoch ist der Silo mit abgewerktem

Gras besäht worden, an den folgenden Tagen wird nachgeheilt und kann über die entwickelten Temperaturen am Sonntag Aufschluß gegeben werden. Es wird erwartet, daß sich die früheren Schüler der landwirtschaftlichen Schule an der Besichtigung beteiligen. Die Rückfahrt für auswärtige Besucher kann mit dem Zuge 8,52 Uhr erfolgen.

—d) Bad Zwischenahn, 31. Juli. In dem heute vormittag vor dem Amtsgericht in Westerstede stattgefundenen Versteigerungstermin ging der „Grüne Hof“ nebst den dazu gehörenden Ländereien in den Besitz des Herrn Reihers über auf dessen Höchstgebot von 53000 Mark. Eintritt erfolgt sofort.

—* Bofel. In der Nacht vom 21./21. Juli d. Ms. ist dem Landwirt Johann Buumund hier aus einer Weide eine schwarze zweijährige Kuene mit weißen Beinen gestohlen worden.

—) Godeschhof. Sehr zahlreich tritt in diesem Jahre in unserer Gegend die Familie Reineke auf, der der benachbarte Hof in Lohoristmark einen willkommenen Unterschlupf bietet. Einem hiesigen Einwohner wurden vor einigen Tagen drei Hühner von diesem Nimmerlapp geraubt.

—(H) Oldenburg, 20. Juli. Die Produktenbörse war heute wieder gut besucht. Auch aus dem Lande hatten sich Interessenten eingefunden. Die Geschäfts-abschlüsse werden immer noch sehr beeinträchtigt durch die Grenzsperr. Ist letztere ganz beseitigt, wird mit der Einfuhr von großen Mengen ausländischer Waren zu rechnen sein.

— Von einem Schuhmann abgefaßt wurde hier ein Fuhrwerk, das Rindfleisch und Butter in die Stadt einschmuggeln wollte. Der Kutscher des Fuhrwerks ist nach seiner Auslage nach Mittel geschickt worden, um einen Fahrgast abzuholen. In Mittel hat er aber keinen Fahrgast, sondern 250 Pfund Rindfleisch und 13 Pfd. Butter erhalten, die er an einen hiesigen Wirt abliefern sollte. Die Waren wurden beschlagnahmt und der Wirt zur Anzeige gebracht.

Mit Rücksicht auf den zu erwartenden Mangel an Kohlen hat unter Magistrat ein Kesselverlager für Torf angebracht und sich mit 800 Doppelwagen Torf für den Winter eingebracht, um die Bevölkerung hiermit versorgen zu können. Veräußert werden sollen in erster Linie Geringbemittelte.

—h) Oldenburg, 30. Juli. In der „Union“ fand heute eine gut besuchte Versammlung der Torferzeuger des Landes statt, in der man sich eingehend mit den dringenden Fragen über die Torfverorgung beschäftigte. Das Vorkommnis war durch Geheimrat Rüsting, die Handelskammer durch Geheimrat Rabeling, Dr. Haderer und Kleinhandelsbeamten Töpler vertreten. Der Vorstand des Torferzeugerverbandes war vollständig vertreten. Aus dem Lande waren etwa 500 Torferzeuger anwesend. Entsprechend den bisherigen Verhandlungen sollten die Torferzeuger an die Kommunalverbände des Landes genügende Mengen Torf liefern. Die Ausfuhr war beschränkt und zwar wurde für je 3 Wagenladungen, die an hiesige Kommunalverbände geliefert wurden, nur für 1 Wagen die Ausfuhrerlaubnis erteilt. Hiermit waren die Torferzeuger nicht einverstanden. Sie verlangten eine bessere Ausfuhrerlaubnis. In Preußen könne man derartige Ausfuhrbeschränkungen wie bei uns auch nicht. Die heutige ausgedehnte Aussprache endete damit, daß beschlossen wurde, unverzüglich mit dem Ministerium in Verbindung zu treten, um Ausfuhrerleichterungen zu erlangen. Auch sollte die Verleserung an Private gestattet werden und nicht nur an Kommunalverbände. Vom Regierungsvorsteher wurde möglichst weitgehende Veräußerung der Wünsche zugesagt, wenn die Kommunalverbände besser als bisher beliefert würden. Der Bedarf für unser Land müsse gestellt werden.

—* Varel. Dr. Korte, der langjährige Direktor des hiesigen Lehrerseminars, ist, wie wir erfahren, zu Ostern 1920 in gleicher Eigenschaft nach Oldenburg versetzt worden. Diese Nachricht wird in weiten Kreisen unserer Einwohnerschaft schmerzliches Bedauern hervorrufen, ist doch Herr Dr. Korte allgemein hochgeschätzt und als Volksbildner und Mensch gleich beliebt und verehrt.

—* Remels. In der am 23. Juli in Hannover abgehaltenen Sitzung des Provinzialausschusses wurde die Beteiligung der Provinz an dem Kleinbahnunter-

nehmen Rümme-Pamels mit einem Drittel eines Stammkapitals von höchstens 2100000 Mark unter der Bedingung ausgesprochen, daß dem Bau der Kleinbahn und der Gründung der Gesellschaft bezw. der Erweiterung der bestehenden Gesellschaft m. b. H. Jhrhove-Westerhaudersehn erst nähergetreten wird, wenn die Ausfuhr der Bahn zu einem Preise von 2100000 Mark nach Beurteilung des Landesdirektoriums mit Sicherheit möglich ist.

—(d) Leer. Der Markt am Mittwoch war mit Vieh aller Gattungen gut besetzt. Bei Anwesenheit vieler auswärtiger Händler entwickelte sich ein flotter Handel und wurde ein bedeutender Umsatz bei anziehenden Preisen erzielt. Es bedangen: Bullen 1250—10000 Mark, hochtragende Kühe 1995—4000 Mark, Milchfühe 2900—3800 Mark, Rinder 2100—3400 Mark, Bullfäher bis 950 Mark.

—* Wilhelmshaven, 30. Juli. Im Hochverratsprozeß gegen Törn und Genossen nahm zunächst der erste Staatsanwalt das Wort und sprach über die Begründung der Anklage. Der Staatsanwalt hält alle Angeklagten im Sinne der §§ 81 und 82 des Strafgesetzbuches für schuldig und erklärt insbesondere, daß ein freitakt Oldenburg-Distriesland staatsrechtlich gar nicht bestanden habe. Der zweite Staatsanwalt sprach von 12 bis 3 Uhr. Auch er sprach sich für Aufrechterhaltung der Anklage aus. Er schilderte im einzelnen die Vorgänge vom 26. bis 27. Januar und leitete daraus her, daß die Angeklagten sich des Hochverrats schuldig gemacht haben. Beide Vertreter der Staatsanwaltschaft sprechen sich für Annahme mildernder Umstände aus.

—* Bremen. In der nächsten Zeit ist mit der Ankunft größerer Mengen holländischer Kolonialabate zu rechnen. Nachdem bereits vor einigen Tagen der Dampfer „Uranus“ über 4000 Ballen Tabak nach Bremen aus Holland gebracht hat und diese auch zum größten Teil schon gelöst sind, ist laut telegraphischer Mitteilung gestern der Dampfer „Selios“ mit 5646 Ballen von Amsterdam nach Bremen abgegangen.

Letzte Drahtnachrichten.

—* Weimar, 30. Juli. Ein deutsches Reichsbuch über die Vorgesichte des Waffenstillstandes ist heute erschienen.

—* Berlin, 30. Juli. Der Reichsminister des Innern Dr. David erklärte einem Pressevertreter über die Möglichkeit des Wiedertritts der Demokraten in die Regierung, daß er diesen für überaus wünschenswert halte. Die Gefahr einer dritten Revolution sei noch keineswegs gebannt, und es müsse alles darauf eingeleitet werden, dieser Möglichkeit vorzubeugen. Deshalb scheine es notwendig, rechtzeitig die parlamentarische Basis für die Regierung so breit als möglich zu gestalten.

—w) Rom, 31. Juli. (Havas.) Bezüglich der Veröffentlichung von Dokumenten durch Deutschland wird dem vatikanischen Korrespondenten der Agentur Havas erklärt, daß der Sachverhalt ungenau dargestellt und falsch interpretiert worden sei. Es handle sich keineswegs um von Frankreich und England ausgehende Friedensvorschläge. Bei der kurz gehaltenen Abfassung der Mitteilung des englischen Gesandten an den Kardinal Gaspari handele es sich vielmehr um das Gegenteil. Er führte drei Gründe auf, welche einen Frieden unmöglich machten, insbesondere jene, die Belgien betreffen. Die den heiligen Stuhl übermittelten Dokumente werden veröffentlicht. Es wäre dies auch schon geschehen, wenn nicht der „Osservatore Romano“ infolge des Streiks der Typographen am Erscheinen verhindert worden wäre.

—w) Amsterdam, 31. Juli. Nach einer drahtlosen Meldung aus Newport haben die Rassenkämpfe gestern in Chicago heftig fortgedauert. Es wurden viele Personen getötet. 4000 Mann Militär wurden abgeholt, um die Ordnung wiederherzustellen. Nach einer Reutersmeldung aus Chicago ist die Zahl der Toten bis zum 30. Juli auf 27 gestiegen, fast 1000 Personen wurden verwundet, darunter viele tödlich.

Für die Redaktion verantwortlich Karl Eilers in Westerstede. Druck und Verlag von Eberhard Hies in Westerstede.

Gottesdienstliche Nachrichten.

Kirche zu Westerstede. Am 7. Sonntag nach Trinitatis, August 3, morgens 10 Uhr: Gottesdienst. Danach Abendmahlsfeier.

Anzeigen.

Westersteds.

Da auf m. in dem Grundstück in Godeschhoff (Kotzmeten) Gras und Safer niedergefahren und niedergewälzt sind, verleihe ich hiermit jedes Betreten des Grundstücks. Auch werde ich fremdes Geflügel auf dem Grundstück nicht dulden. Zuwiderhandlungen werden zur Anzeige gebracht Gerh. Harms

1. gut erhaltenes Damenfahrrad mit Gummi zu verkaufen. Näheres bei S. Büntjen, Gastfr.

Auf dem Ammerland habe ich 46 Hektar geschlossen belegene Ländereien

mit ein. fast neuen Wohnhaus u. Scheune zu verkaufen. Die Ländereien sind teilweise mit kleinen Beständen und größtenteils recht guter Qualität; nach Erweiterung der Gebäude eignen sich die Ländereien sehr gut zur Selbstverwirtschaftung, bieten auch eine gute Kapitalanlage. Ernstlichen Kaufgegnen erteile gerne jede gewünschte Auskunft

Westerstede. G. Koch, Auktionator.

Bei mir leben 4 halbjährige Bullen im Schnitt. Gegen Erstattung der Kosten abzugeben.

B. Grunjes, Halseb. Bilder raßt schnell und sauber ein H. Wehlau.

Zum 1. Novemb. r. d. J. wird ein tüchtiges Dienstmädchen gesucht. Meldungen bei G. Lübben.

Etern bet. Zwischenahn. Landesarbeitsnachweis Zwischenahn.

Im Auftrage habe ich eine in Horst günstig am Wege belegene Fläche

Hochmoor

groß 4 1/2 ha, welches zu 1/2 kultiviert ist und zum größten Teil vorzüglichem schwarzen Torf enthält, zu verkaufen. — Kauwünsche bitte bis baldigst zu melden

Westerstede. G. Koch, Aukt.

Fortan keine Sonntags- = Sprechstunde. Beratungen und Besuche nur in Notfällen. Die Westersteder Aerzte.

Oldenburger Stutbuch, Bezirk 30. — Gemeinde Westerstede.

Die noch rückständigen Fülleneine bezw. Gültmeldungen sind gegen den 5. August einzulenden. Säumige werden gebrüht.

Der Obmann. Sieffen, Sgaern.

Zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit

werden alle Arbeitgeber des Amtsbezirks Westerstede darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihren Bedarf an Arbeitskräften durch den Arbeitsnachweis zu beschaffen haben und ohne Vermittlung desselben keine Arbeitskräfte einstellen dürfen.

Die Arbeitnehmer sind gehalten, sich bei eintreten der Arbeitslosigkeit sofort beim zuständigen Arbeitsnachweis schriftlich oder mündlich zu melden. Anfragen nach Arbeit ist nicht gestattet.

Jede Arbeitsverletzung wird nach der Verfügung des Reichsarbeitsamts vom 17. Februar 19 mit Geldstrafe bis zu 3000 M. bestraft.

Landes-Arbeitsnachweis Zwischenahn.

Am 2. Schützenfesttage
hängen geblieben in der
Festhalle ein Ueberzieher.
Abzuholen gegen Erstattung
der Kosten bei
G. Ewald.

Wer während des
Schützenfestes ver-
hentlich seinen grauen
Hilfshut mitge-
nommen, wolle denselben
bitte wieder abgeben.
R. Hinderks, Hotel, Börse

Suche bei sofortiger Ab-
nahme
50-60

Schafflämmer
zu kaufen. Auch einige
Milchschafe.
H. Schröder.

Johannisbeeren
kauft jedes Quantum
Carl Hotes.

Für
Laubholz-Busch
maßhaltend, dreimal ge-
bunden, besole ich bis auf
weiteres 20 Mark für
100 Bunde frei Wagen
Befestigung, Einswege und
Eggeloge. Lieferungen bitte
ich mir baldigst anzu-
melden, damit ich die für den
Verland erforderlichen Eisen-
bahnwagen rechtzeitig be-
stellen kann.
G. Takenberg, Besterfede.

G. Takenberg, Besterfede.

Offiziere
weiße Schmierseife,
sehr gute Ware, schäumend,
milde, nicht ähend.
Pfd. Mt. 2.80. In Eimern
ca. 20 Pfd. p. Pfd. Mt. 2.50
Wiederverkauf, extra Preise
Garantieren für blendend
weiße Wäsche.

H. Ellinghausen, Oldenburg, Blumenstraße 45.

Zu kaufen gesucht ein
gut erhaltenes
Serrenfahrrad
ohne Bereifung.
Fr. Oerteljanßen, Schmiedemstr.

Habe
**10 neue Kleider-
schränke**
zu verkaufen. — Abdom
beste 8 Wochen

Fertel.

R. Janssen, Zwischenahn.

Kaufe jedes Quantum
ungefachte
Gauerkirchensteine
zu Saatzecken.

Aug. Lamken, Baumhülle, Siepelsdorf bei Wessertede.

Habe einige beste
Sahrraddecken
anzuweisen.
H. Schröder.

Habe eine
Spindrehmaschine
mit Hart. Göpel zu verkaufen
J. Katen, Zwischenahnerfeld.

Viehperwertungsverband Oldenburg.

Für solche größeren Gemeinden, die innerhalb
ihres Bezirks keine Verlobestelle haben und deren
Mittelpunkt mindestens 8 km von der nächsten Ver-
lobestelle entfernt liegt, kann auf Antrag der Gemeinde-
vertretung die Wägung der an den Viehperwertungs-
verband zu liefernden Rinder auf einer in der Ge-
meinde stehenden, öffentlichen Waage gestattet werden,
wenn die Schlachthofabnahme dort schon vor dem
Kriege allgemein üblich war und ein besonderes Be-
dürfnis anerkannt werden muß. Der Verbandsvor-
stand behält sich in jedem einzelnen Falle die Ent-
scheidung vor. Bei Annahme des Antrages müssen
sämtliche aus der Gemeinde abgerufenen Schlachtrinder
auf der vom Gemeinderat bezeichneter Waage gewogen
werden. Die Wägung erfolgt unter Aufsicht des
Vertrauensmannes oder seines Beauftragten, abge-
nommen werden die Tiere erst auf der vom Ver-
trauensmann bestimmten Verlobestelle. Die Viehhalter
bleiben für die Lieferung verantwortlich, bis die
Rinder verladen sind.
Oldenburg, 1919, Juli 29.

Hennings.

Herren-Hosen

Große Auswahl!
::: Gute Stoffe! :::

/// Preisliste: ///
23, 32, 38, 45, 65, 95, 125.

M. Schulmann

Oldenburg,
38 Achternstraße 38.

Berein junger Landwirte von Besterfede und Umgegend.

Am Sonnabend den 2. August, abends 8 Uhr,
findet im Vereinslokale (Henten's Gasthof) die
General-Versammlung

statt. Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder, 2. Aufstellung
der Vereinsjahung, 3. Wahlen, 4. Beschäftigungs-
ausflug betr., 5. Verschiedenes.
Alle jungen Leute, die in landw. Betrieben tätig
sind, ferner diejenigen, welche eine landw. Hochschule
besuchen, sind in die Mitgliedschaften, welche bei den Mit-
gliedern: Emil Hellwig-Seggen, Joh. Rentens Linbern,
Joh. Heidtrog-Felde, Heint. Hise-Torsholt, Johann
Berding-Felsenfellerfeld, Dieder. Habbie-Linswege, Joh.
Kräger-Garnholt, Fritz Wessels-Schauen und außer-
dem noch in Henten's Gasthof ausliegen, einzutragen.
Der Ausschuss.

Kriegsbeschädigtenverein Zwischenahn.

Am 3. August, abends 8 Uhr

öffentliche Versammlung

in Witters Gasthof. Vortrag des Verbandsobmanns
Herrn Süßfeld über: Kriegsbeschädigte und Hinter-
bliebene und die neue Zeit. Zu diesem Vortrage
ist jedermann herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Am Sonntag den 3. August, morgens
7 1/2 Uhr, findet auf Eyhausen die

praktische Anleitung zur Herstellung von Gähpfutter

im neuerbauten Silo statt.
Alle Landwirte des Ammerlandes werden hierzu
freundlich eingeladen
Heinen.

Oldenburg. Nach fünfjähriger Tätigkeit als Assi-
stentin, insbesondere an der Universitäts-Frauenklinik zu
Marburg u. an der akademischen Kinderklinik (Professor
Schlößmann) zu Düsseldorf, habe ich mich hier als

Aerztin

niedergelassen.

Dr. med. Charlotte Lehn.

Mohlestrasse 11. Fernruf 1290.

Sprechstunden: 9-11 vorm., 3-5 nachm.

Karbid.

Liste liegt zum Eintragen
bei mir aus.

J.W. Leonhards
Augustfehn.

Feinste weiße

Schmierseife,

großartig schäumend, ist
wieder eingetroffen. Auch
sind sämtliche

Waschmittel

wie Bleichsoda,
Seifenpulver und Sil-
auf Lager.

August Höfft.

Toiletteseife,

sehr preiswert, traf so-
eben ein

Heinr. Deeken.

Von einer Sendung

Krautfutter

für Geflügel und Mastoch,
anerkannte Ware, habe
abgegeben

Wih. Jisse, Bäckermstr. Apen.

Kohlrahi und große Bohnen

abgegeben.

Georg Meyer.

Pa. Zündhölzer

trafen ein.

Heinr. Deeken.

Empfehle prima feines

Salz,

auch sadweise abzugeben

Joh. Bruns, Linswege.

Prima feinstkörniges

Karbid

und

helles Maschinenöl

empfiehlt

D. Siefken, Edewecht

Halsbek.

Griffgebr. Kaffee,

Pfd. 16 Mt., sowie frischen

Tafel-Genf

empfiehlt **W. Grünjes.**

Kaufe ständig wieder

Geflügel aller Art

Gänse, nur beste Zusat-
tiere anbieten.

Ferd. Wefer, Zwischenahn.

Voranzeige.

Am Sonntag den 17. August,
abends 8 Uhr,
in **Henkens** Saal hier

Abchieds-Konzert

von
W. Schmale.

Herren-Anzüge

besonders gute Stoffe,
/// beste Zutaten. ///

Preislisten:

275 285 295 310 350 375

M. Schulmann

Oldenburg,
38 Achternstraße 38.

Saatschießverein Zentrum Helle.

Am Sonntag den 3. August:

Grosses Sommerfest,

1. großer Verbandsstag,

verbunden mit

Breischießen.

Anfang des Schießens:

Vereins-schießen 9-12 Uhr morg., Verbands-
schießen (Königs-schießen) 2.30-4.30 Uhr
nachm., Hauptschießen 2.30-5.30 Uhr nachm.

Karten zum Hauptschießen a 1 Mt.

Festfolge:

Nachm. 2 Uhr Empfang der ausm. Vereine.
anschließend Festrede. Beginn d. Schießens.

Während des Schießens Konzert.

Kinderbelustigungen 2 bis 4 Uhr.

Kinderball 4 bis 6 Uhr.

Um 6 Uhr Proklamation des Königs.

Für reichliche Unterhaltung wird gesorgt.

Grosser Ball

im Festzelt und im Saale des Vereinslokals.
Karussell und dergl. vorhanden.

Für Unterbringung v. Fahrrädern wird gesorgt.

Um regen Besuch bittet der Verein.

Feinstes

Giede=Salz

für die Bohnenzeit
bei ganzen Säcken und im
Anbruch empfiehlt

August Höfft,

Salzlager der
Saline Süßfed.

Landwirtschaftliche Vertriebsstelle,

G. m. b. H.

LEER, Ostfriesland.

Fernspr.: vorläufig 87 u. 88.

Telegr.: Futterstelle Leeroffstr.

Großhandel in landwirt-
schaftlichen Produkten und
Bedarfsartikeln.

Hauptzweig:

Futtermittel

Vorrätig:

la. gewaschene, geschneidete
und künstlich getrocknete

Gedrüben,

ein preiswertes, natürliches
Futter, besonders geeignet
für Schweine und Geflügel.

Gerne laufend lieferbar:
Futtermittel aller Art,
welche aus den kommunal-
verbandslieferungen übrig
bleiben.

Weit. Aufklärung u. Muster-
sendung auf Wunsch

Landwirtschaftlich.

Vertriebsstelle,

G. m. b. H.

Wegen Reparaturen
an der Regelbahn
fallen diese Woche
die Regelabende aus.

RIBKEN,

Hotel zur Börse.

Klub „Sibemas“,

Augustfehn.

Am Sonntag d. 3. Aug. d. J.,
nachm. 4 Uhr

Bersammlung

im Vereinslokale.

Da wichtige Tagesord-
nung, vollständiges Erschei-
nen erwünscht.

Der Vorstand.

Augustfehn.

Gasthof zur Krone.

Am Sonntag den 3. August

Grosser Ball.

Eintritt für Herren 2 Mt.,
für Damen 1 Mt., wofür
— freier Tanz. —

Anfang 5 Uhr.

Es ladet freundlichst ein
Mw. Joh. Eybrandts.

Detern.

Sonnabend d. 2. August

Abtanzball

wogu freundl. einladen

Folkerts. Töpfel.

Klein-Scharrel.

Sonntag den 3. August

Ball

wogu freundl. einladet
Fritz Hempen.

Der Ammerländer

(Herausgeber Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.
Preis des Blattes durch die Post für das Jahr bezogen 3,25 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Die Postenhalter und Landbesitzer haben nach dem Postgesetz vom 1. April 1909 die Befreiung der Blätter von der Steuer zu beantragen. Die Blätter sind als druckfähige Zeitungen (oder auch als Zeitungen) für den Postverkehr aus dem Postamt Oldenburg 30 Pf. für außerorts des Postamts wohnende 35 Pf. zu bezeichnen. Die Blätter sind als druckfähige Zeitungen (oder auch als Zeitungen) für den Postverkehr aus dem Postamt Oldenburg 30 Pf. für außerorts des Postamts wohnende 35 Pf. zu bezeichnen. Die Blätter sind als druckfähige Zeitungen (oder auch als Zeitungen) für den Postverkehr aus dem Postamt Oldenburg 30 Pf. für außerorts des Postamts wohnende 35 Pf. zu bezeichnen.

Nr. 178

Westertiede, Sonnabend den 2 August 1919.

59. Jahrgang

Wo bleiben die Gefangenen?

Mit der Unterzeichnung, allerhöchstens mit der Ratifizierung des Friedensvertrages glaubte man in Deutschland ein Anrecht auf die endliche Freilassung unserer Kriegsgefangenen erworben zu haben. Man erwartete sich noch, wie Ministerpräsident Bauer, als er in Weimar die bedingungslose Unterwerfung unter den Friedensvertrag von Versailles zu recht fertigen suchte, gerade auf die damit zu erhaltende Erlösung dieser a men Kriegsgesellen hin, neben der Aufhebung der Weimarer, die in irgendwelcher Weise, wenigstens auf dem Papier, zurückgenommen worden ist. Aber Woche um Woche ist seitdem vergangen, und unsere Feinde treffen keine Maßnahmen, die Verpflichtungen auszuführen, die sie in dieser Beziehung übernommen haben. Amerika allein scheint sich damit wenigstens einigmaßen beugen zu wollen. Doch England dagegen hört man gar nichts, und die Franzosen stellen sich blind und taub allen deutschen Vorstellungen gegenüber. Sie würden sich kaum einer Antwort, wenn wir immer wieder die Bitte aussprechen, Kommissare zu ernennen, mit denen wir in Versailles wartenden Gefangenen einmündigen, wenigstens alle notwendigen Vorkehrungen für die demnächstige Gendebierung der Kriegsgefangenen vereinbaren könnten. Man ist es freilich richtig, daß der Friedensvertrag bis jetzt nur von uns ratifiziert worden ist und daß er wirklich verbindliche Kraft erst erhalten soll, wenn er auch zum mindesten von drei gegnerischen Großmächten in aller Form unterschrieben worden ist. Aber das braucht natürlich nicht auszureichen, daß man in dieser herbeizureichenden Frage zunächst einmal seinen guten Willen zeigt. Es lebe sich doch ein Wort der Ermüdung sprechen für diejenigen, die zum Teil nun schon seit vielen Jahren in fremder Gefangenschaft schmachten, wie für ihre Angehörigen, die so nahe am Ziel abermals in grauenvoller Weise enttäuscht werden. Allein Herr Clemenceau hat an andere Dinge zu denken; er verlor seine Ohren gegen die Stimmen der Menschlichkeit, und seine Untergebenen tun alles, was in ihren Kräften steht, um die Qualen der Insassen ihrer Gefangenenlager nur ja nicht „vorzeitig“ zu Ende gehen zu lassen. Es sind eben ausgesprochene Vorkämpfer der Humanität, diese lieben Franzosen!

Bischoff schienen sie sogar nicht über Lust zu haben, gradeheraus zu erklären, daß sie die Freigabe unserer Gefangenen abhängig machen würden von der Erfüllung freier Arbeiter zum Wiederaufbau der zerstörten französischen Provinzen. Dann aber bekamen sie sich eines Besseren und veränderten, sie dachten gar nicht daran, diese beiden Angelegenheiten miteinander zu verknüpfen — worüber man alsbald bei uns in Deutschland mit den landesüblichen Behauptungen ergebenster Genußnahme quittierte. Aber schließlich, fügten die Franzosen nach einem kleinen Weile vorläufig hinzu, die Arbeiterfrage im Norden sei für sie außerordentlich wichtig, und sie wirksam ihnen dabei von deutscher Seite geholfen würde, desto rascher würden natürlich die Gefangenen entlassen werden können. Mit anderen Worten: die rechte Hand hat hier wieder einmal zurück, was die linke dargereicht hatte; und was sich angesichts dieses Doppelspiels über die ausdrückliche Verpflichtung zum Wiederaufbau unserer Kriegsgefangenen beibringt zeigen, dem antwortete jetzt nur noch ein bezeichnendes Schweigen. Man waren auch die französischen Reichsminister schuldig für die Auslieferung oder Nichtauslieferung des Friedensvertrages; einst darauf kommt es an, daß wir ihn erfüllen, von W. bis Z. Und niemals wird es uns gelassen werden, Verhältnisse auf der Gegenseite etwa mit Unterlassungen unversucht zu beunruhigen, denn es ist kein Vertrag unter Gleichen, der hier in Frage steht. Wir haben zu gebieten und wir haben zu leisten, was von uns verlangt wird. Die Sieger können es mit ihren Verpflichtungen halten, wie es ihnen beliebt.

Und die deutsche Regierung? Das kann schreiben und das unterzeichnen hat sie in dieser Sache nicht leicht fort bekommen. So ist denn auf ihre Veranlassung ebenfalls eine Kommission nach Versailles abgegangen, um dort über die Unterbringung freier Arbeiter aus Deutschland für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu verhandeln. Die Franzosen werden also auch in diesem Punkte ihren Willen bekommen, gleichviel wie das angeordnete Arrangement hinterher für die Öffentlichkeit ausgemacht werden wird. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die an diesen Verabreden beteiligt sind, die, wenn auf beiden Seiten der rechte Geist vorhanden ist, eigentlich kein Aufstand kommen müssen. Eine andere Frage ist es, ob sich genügend deutsche Arbeiter bereit finden werden, dem Rufe der Regierung zur freiwilligen Verschickung ins Ausland Folge zu leisten. Versucht man das hier wieder auf Überredungen anzuwenden — wie es sonst so oft für unsere Kriegsgefangenen die palliative Lösung bedeutet würde.

Vern. Der Sonderberichterstatter des „Temo“ meldet aus Hamburg, es ist unbedingt notwendig, daß die deutsche Regierung auf einmündigen Gebot zu Gefangenen gelassen werden, da der Widerstand die Gefangenen zu internationalen Schwierigkeiten führen könnte. Es ist beachtenswert, diese Gefangenen der deutschen Kommission zur Prüfung zu übergeben.

Deutsche Nationalversammlung.

(70. Sitzung.) Dr. Weimar, 30. Juli.
Unter Teilnahme der Minister Dr. David, Müller, Dr. Hall und des Ministerkommissars Dr. Preuß ist das Haus die

dritte Lesung der Verfassung

fort. Abg. Dr. Dühring (Deutschl. Volk): In unserer ablehnenden Stellung gegenüber der Verfassung hat sich seit der zweiten Lesung nichts geändert. Wenn die Demokraten nicht die Verfassung abgelehnt haben, weil sie ihnen nicht demokratisch genug war, lehnen wir diese Verfassung ab, weil sie uns nicht konformistisch genug ist. Wir bleiben Anhänger der Monarchie, die demokratische Staatsform wird uns allerdings an der Gründung unserer konstitutionellen Verfassung nicht hindern. Wir achten den Willen der Reichsmehrheit, der sich für diese Staatsform entschieden hat. Wir wünschen eine Stärkung der Stellung des Präsidenten, der jetzt nur noch ein Dekretationshindernis ist. Das Schlichtungsgesetz liegt nicht bei ihm, sondern bei den Parteien und Fraktionen. Man braucht keine Prophezeiungen, um vorauszuweisen, daß das deutsche Volk sich nach einmal nach dem „alten Dürstergesetz“ zurückerfinden wird. Wir fallen zurück an dem ideologischen Charakter des Reichs, das wir begrüßen die Betonung der Nationalität und des Wertes der Familie in der Verfassung, weil damit wertvolle Sägen unseres Volkseins in den Vordergrund gerückt werden. In den letzten Tagen haben wir wiederholt betont, daß

die deutsche nationale Verfassung nicht identisch sein will mit der früheren Tradition der Konstitutionen, mit der Vaterlandsliebe und den Alldemokraten, wenn ich einige frühere Konstitutionen ansehe; die gegen uns gerichteten Vorurteile als Reichsregierung empfinden wir als überflüssig. (Beif. Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Dingeldey (Deutsche Volk): Nach drei Gesichtspunkten wird man eine Verfassung, wie wir sie zum Aufbau unseres Vaterlandes brauchen, beurteilen müssen: sie muß die Möglichkeit geben, alle lebendigen Kräfte des Staates herauszuheben, sie muß die Voraussetzung für eine stetige und weisliche Politik bieten, sie muß kurz und knapp und leicht verständlich sein. Von diesen drei Gesichtspunkten aus können wir uns nicht auf der Boden der neuen Verfassung stellen. Der Geist, der in ihr vorbetrifft, ist der Geist einer extremen Demokratie und daraus folgt das Bestreben, alles gleichmachen daraus folgt ein weitgehendes Mißtrauen gegen die Demokratie selbst eingeleiteten Gewalten, daraus folgt ein übertriebenes Vertrauen zum Volk und ein Mangel an Sinn für die unbedingten Staatsnotwendigkeiten. (Beif. rechts.) Man kann die Verfassung als ein Gebilde betrachten, nichts ist einfacher als das. Es hat niemals eine Verfassung gegeben, die die lebendigen Organismen des Staatslebens in der Weise zur Entfaltung zu bringen verstanden hat. (Beif. rechts.) — Junge der des Soz.: Und uns in der Krise hineingeführt hat! Die alte Verfassung hat den Weltkrieg nicht verschuldet, und wenn wir ihn nur nicht gehalten hätten, so lag das an der Verfassung, die sie auszeichnet. (Beif. rechts.) Nach alledem werden wir für den Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht stimmen.

Können. Man wird in den nächsten Tagen Forderungen aus Anlass der Verabschiedung der neuen Verfassung. Einer ihrer letzten Artikel bestimmt: Die Verfassung vom 11. April 1871 wird aufgehoben. Damit schließt sich das neue Deutschland auch formell von der letzten Epoche seiner staatsrechtlichen Geschichte. In diesem Moment und in dem Augenblick, wo man die schwarz-rot-rote Fahne hervorhebt, müssen wir bei einer derartigen Forderung zurückbleiben. (Beif. Beif. rechts.)

Abg. Dr. Gohs (All. Soz.): Verfassungen sind letztlich der Ausdruck eines tiefen fortgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses und haben keinen Zweck. Für die Verfassung ist der Zeitpunkt unwichtig, weil veraltet, und sie wird die Entwicklung, was ihr Zweck war, auf lange Zeit hinaus nicht unterbrechen. Die Verfassung bringt in den Reichsversammlungen nur eine formale Rolle. Für die neuen lebendigen Kräfte des Reichslebens. Für die Veranlassung veranlaßt, weil mit sehr charakteristischen Zeichen. So wurde die Verfassung zu einer Verfassung, die Demokratie und des Sozialismus. (Beif. rechts.)

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Wahl des Reichspräsidenten durch Reichstag und Reichsversammlung. Die Reichsversammlung hat zur dritten Lesung der Verfassung einen Änderungsantrag eingebracht, wodurch der Reichspräsident nicht von der gesamten Bevölkerung, sondern vom Reichstag und vom Reichspräsident gewählt werden soll.

+ Abberufung des Generals Gerard aus der Pfalz. Nach übereinstimmender Mitteilung werden in der Pfalz am 10. August die 10. Wehrungskommande gebildet. Der einseitig als Sitzband; wohin der andere kommt, ist noch nicht bestimmt. Aus der Pfalz wird hervor, daß General Gerard, der Führer der 8. französischen Armee in der Pfalz, am 10. August in Berlin wird. Die deutsche Regierung hatte, wie vor einiger Zeit gemeldet wurde, die Wehrungskommission in Bonn die Abberufung des Generals wegen der Verstoßesverbrechen in der Pfalz veranlaßt.

+ Große Heereslieferungen der Entente für das Saargebiet. Die französische Regierung erteilte den Deutschen im Saargebiet für mehrere Millionen Brand

lieferungen zur Lieferung von Material für die französische Marine. Auch England hat unter anderen den Willingen billigenwertig Lieferungen an Heereslieferungen gegeben. Die englische Regierung hat für mehrere Millionen Lebensmittel aus ihren Heeresbeständen abgeben und sie zum Verkauf im besetzten Gebiet angeboten.

+ Das endgültige Schulkompromiß zwischen der Mehrheitspartei und der Minderheitspartei. Die folgende Formulierungen Artikel 143 der Verfassung: „Innerhalb der Gemeinden sind in der Regel Schulen für die Erziehungsberechtigten, Volksschulen ihrer Befreiung oder ihrer Befreiung nur zu errichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen; das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach dem Grundsatz eines Reichsgesetzes.“

+ Revision der Befehlungsordnung. Die Reichsregierung hat mit der preussischen Staatsregierung eingehend über die Frage der Befehlungsordnung an dem und über die Befehlungsordnung einer Revision der Befehlungsordnung verhandelt. Als Ergebnis ist mitgeteilt, daß diese sehr schwierigen Fragen alsbald in Reichsfinanzministerium unter Beteiligung von Vertretern sämtlicher Gliedstaaten und der Beamtenvertretungen erledigt werden sollen.

+ Zu der Hungerfreibekämpfung in der Nationalversammlung schreibt der Vorwärts, daß die Angelegenheiten der Unabhängigen über den Hungerstreik der 42 Schutthaltinge in West nicht den Tatsachen entsprechen, und sagt: Während zwei Gefangene meiste noch jede Nahrung verweigern, haben 38 bereits den Streik aufgegeben. Der Zustand der noch im Hungerstreik befindlichen ist als nicht gefährlich zu betrachten. Damit entzweit sich diese von den Unabhängigen zu gewaltig aufgemachte Angelegenheit als eine jener bekannten Szenarien auf die sie schon aus agitatorischen Gründen nicht verzichtet können.

+ Hindenburg über die Zukunft Deutschlands. Dr. „Newport“ schreibt, daß eine Unterredung über die Unabhängigen in Weimar mit Hindenburg. Hindenburg sagte, daß die Erfüllung der Forderungen der Reichsversammlung nach gerichtlicher Verfolgung des früheren Reichs und der deutschen Armeeleiter und anderer Offiziere von der Reichsversammlung nicht nur eine Verletzung der Souveränität und der fundamentalen Grundgesetze der Reichsverfassung sei, sondern auch den alten römischen Grundsatz in Ehren wie erheben würde, wonach die Verleumdung eines Landes für diejenigen, die im Krieg bekämpft werden, ein Verbrechen wäre. Hindenburg erklärte weiter, er sei davon überzeugt, daß Deutschland wieder in die Höhe kommen werde, denn das deutsche Volk, das zwischen den romantischen Wölfen einerseits und den Stieren andererseits gelegen sei, habe in der Welt eine Mission zu erfüllen.

+ Auslieferungsvorhandlungen über Wilhelm II. Aus Paris wird gemeldet, daß die Unterhandlungen mit Holland über die Auslieferung des Kaisers begonnen hätten. Man beabsichtigt, das Verfahren gegen den Kaiser nicht in London, sondern an einem schwer zugänglichen Orte stattfinden zu lassen. Man spricht von Capa Flow.

+ Entfernung der Unabhängigen und Kommunisten aus dem Reich. Nach einer Mitteilung des preussischen Kriegsministers steht die Zugehörigkeit zur kommunistischen und unabhängigen sozialdemokratischen Partei der Angehörigen der bewaffneten Macht im Widerspruch zu der einseitigen Freilassung, und ihre Mitglieder können in der Reichsversammlung nicht aufgenommen werden. Es ist daher für alle Angehörigen des Reichs, daß die Vorhandlungen von der Reichsversammlung nicht aufgenommen werden, damit sie aus dem Reich entfernt und gegebenenfalls der Verhaftung angeschlossen werden können.

Portugal.

+ Volkseigenschaftliche Umtriebe. Die Lage in Portugal wird täglich ernster, da die Streiks an Ausdehnung zunehmen. In den letzten Nächten wurde wiederholt an Sicherheitsmaßnahmen geschritten. Bei Streikenden und Matrosen beschlagnahmte man Waffen, die aus dem Zeughaus geliehen worden waren. Eine Volkseigenschaftliche hat sich in den Besitz mehrerer Dörfer bei Lissabon gesetzt. Die streikenden Eisenbahner erklären, von einer Einigung mit der Regierung nichts wissen zu wollen, vielmehr sei es ihre Pflicht, die verhafteten Eisenbahner mit Gewalt zu befreien.

Die „Verbrecher“-Liste.

Paris. Die Liste von Deutschland auszuliefernden Personen wird augenblicklich vom Vicerat festgelegt. Deutschland wird verpflichtet, sie zu verhaften und die Personen zur Gefangenschaft aufzurufen. Es wird dafür verantwortlich gemacht, daß die „Verbrecher“ binnen eines Monats in Händen der Entente sind.

Liquidierung der amerikanischen Entente.

Paris. Nach einer Mitteilung des „Newport“ Gerards übernimmt Frankreich die Güter, die ursprünglich nur die amerikanische Armee bestimmt waren, und deren Wert auf eine Milliarde Dollar geschätzt wird, für die Summe von 800 Millionen Dollar. — Der „Matin“ meldet, daß Amerika 50.000 Wollstoffe nach Frankreich senden wird.